



Stadt Rosbach v.d.Höhe, Wetteraukreis  
61186 Rosbach v.d.Höhe, Postfach 12 63

## DER MAGISTRAT

<b>Telefon:</b> (0 60 03) 8 22-0	<b>Unsere Zeichen:</b> 30.01
<b>Durchwahl:</b> 8 22-10	<b>Sachbearbeiter/in:</b> Sigrid Egerer
<b>Telefax:</b> (0 60 03) 8 22-50	<b>Datum:</b> 10. März 2015
<b>e-mail:</b> <a href="mailto:alber@rosbach-hessen.de">alber@rosbach-hessen.de</a>	

### Stellungnahme zum Kommunalen Finanzausgleich 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Reform des kommunalen Finanzausgleichs ab dem Jahr 2016 bedeutet für die Stadt Rosbach vor der Höhe eine Schlechterstellung gegenüber dem seitherigen Ausgleichsverfahren. Die Gründe für diese negativen Auswirkungen liegen nicht allein in der neu eingeführten Abundanzumlage, sondern sind im Ausgleichssystem und den darin enthaltenen Brüchen zu finden.

Die Stadt Rosbach vor der Höhe hat entsprechend der Erlasslage des Hessischen Ministeriums des Innern und des Sports vom 06.05.2010 bereits mehrere Konsolidierungsprogramme auf den Weg gebracht. Neben größtmöglichen Sparbemühungen bei den Aufwendungen – nicht zuletzt auch bei den freiwilligen Aufgaben – wurden seit dem Jahr 2010 die Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer mehrfach erhöht. Zuletzt wurde mit dem Haushalt 2014 eine deutliche Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuern A und B sowie die Gewerbesteuer auf jeweils 400 Prozentpunkte beschlossen. Die damit vorgenommenen Konsolidierungsanstrengungen und -erfolge zur Sanierung unseres defizitären Haushaltes werden nun durch die Systematik des neuen kommunalen Finanzausgleichs ad absurdum geführt.

**Hausanschrift:** Homburger Straße 64, 61191 Rosbach v.d.Höhe

Internet: [www.rosbach-hessen.de](http://www.rosbach-hessen.de)

**Bankkonto der Stadtkasse:**

Sparkasse Oberhessen

Kto.-Nr.: 70000032

BLZ: 518 500 79

Termine in allen Fachbereichen nach telefonischer oder persönlicher Vereinbarung auch außerhalb der unten aufgeführten Öffnungszeiten!

**Bürgerservice, Ordnungsamt, Finanzverwaltung, Innere Dienste:** Montag bis Freitag von 08:00 bis 12:00 Uhr und zusätzlich Dienstag von 14:00 bis 19:00 Uhr

**Technische Verwaltung, Stadtentwicklung, Immobilienwirtschaft:** Dienstag von 08:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 19:00 Uhr

USt-IdNr.: DE112591525

E-mail: [info@rosbach-hessen.de](mailto:info@rosbach-hessen.de)

IBAN: DE75 5185 0079 0070 0000 32

SWIFT-BIC: HELADEF1FRI

Im Einzelnen nehmen wir wie folgt Stellung:

### 1. Bedarfsberechnung

Der Staatsgerichtshof hat mit Urteil vom 21.05.2013 entschieden, dass die Bedarfe der Kommunen zu berücksichtigen sind und lässt auch eine Pauschalierung zu. Das vom Finanzministerium gewählte Thüringer Korridormodell pauschaliert, lässt aber erhebliche tatsächliche Bedarfe der Kommunen außer Acht. Das vorliegende Modell des neuen Finanzausgleichs berücksichtigt nicht die tatsächlichen Aufwendungen und realen Erträge. In der Anwendung des Korridormodells werden die realen Aufwendungen bereits willkürlich gekürzt. Es vernachlässigt zusätzlich, dass schon heute viele Kommunen unterhalb des tatsächlichen Bedarfs investieren (Investitionsstau) und agieren müssen. Schon heute können in Rosbach v.d.H. im Straßenbau keine investiven Maßnahmen mehr vorgenommen und die Bürgerhäuser nicht adäquat saniert werden. Die Anwendung von bedarfsgerechten Berechnungen mit der Berücksichtigung lokaler Faktoren findet nicht statt.

### 2. Nivellierungshebesätze

Die Anhebung der Nivellierungshebesätze schöpft einen Großteil unserer Erträge ab, die durch unsere bereits in der Vergangenheit erfolgte Anhebung der Hebesätze erzielt werden konnten. Anstrengungen z.B. zur Gewerbeansiedlung schlagen künftig weniger positiv zu Buche, die erforderlichen Aufwendungen dafür finden auf der Bedarfsseite zusätzlich keine Berücksichtigung, da bei kreisangehörigen Kommunen die Wirtschaftsförderung als freiwillige Leistung eingestuft wurde. Dem Mittelstand in Hessen wird so der Boden entzogen.

Auswirkungen in Rosbach v.d.H.:

*prognostizierte Steuereinnahmen (Grundsteuern und Gewerbesteuer) für das Ausgleichsjahr 2016:*  
*2. Halbjahr 2014 + 1. Halbjahr 2015* 6.938.387 €

*Steuerkraftzahl nach Anwendung der Nivellierungshebesätze:*

<i>nach den bisherigen Nivellierungssätzen</i>	4.929.800 €
<i>nach den neuen Nivellierungssätzen</i>	6.225.568 €

### 3. Einwohnergewichtung/-veredelung

Die Einteilung in Größenklassen nach dem Modell des Landesentwicklungsplanes übernimmt dessen Schwächen. Die tatsächliche Entwicklung und die dadurch ausgelösten individuellen Bedarfe in den Kommunen finden keine Berücksichtigung. Als Grundzentrum über 7.500 Einwohner wird die Einwohnerveredelung von Rosbach v.d.H. von derzeit 124 % auf 110 % abgesenkt. Das Zusammenfassen in Funktionsgruppen, dann aber wieder gestuft an dem Merkmal Einwohnerzahlen, vernachlässigt die Hauptmerkmale der Bedarfe, die sich durch die jeweilige regionale Lage und die lokalen Gegebenheiten der Kommunen völlig unterschiedlich darstellen.

### 4. Kreis- und Schulumlage

Die Kreis- und Schulumlage muss zum Ausgleich von aktuell 58% (42,5% + 15,5%) deutlich abgesenkt und gesetzlich gedeckelt werden. Die vorgesehene Möglichkeit der jährlichen Anhebung der Kreisumlage ab 2017 um dann wieder jeweils 0,5 Prozentpunkte führt dies allerdings ad absurdum. Nach den Modellrechnungen des Landes müsste die Kreis- und Schulumlage im Wetteraukreis auf 53,38% abgesenkt werden. Aufkommensneutral (im Vergleich zum Jahr 2014) möglich für den Kreis

ist aber nur ein Absenken auf max. 55,66 % (40,78% + 14,88%).

#### 5. Historische Abschreibungen

In den Bedarfsberechnungen des Landes Hessen sind historische Abschreibungen nicht enthalten. Für die Stadt Rosbach v.d.Höhe bedeutet allein dies 1,3 Millionen Euro im Jahr nicht berücksichtigte Aufwendungen.

#### 6. Neuinvestitionen/Abschreibungen

Hier habe nach Aussagen des Finanzministers eine Günstigerprüfung in 15 Kommunen (welche?) ergeben, dass die Summe der Neuinvestitionen in den der Betrachtung zugrunde liegenden Jahre höher ist. Dies kann nicht nachvollzogen werden, zumal hier nicht von einer repräsentativen Betrachtung auszugehen ist.

#### 7. Solidaritätsumlage

Hierzu bestehen verfassungsrechtliche Bedenken, zumal diese aus unserer Sicht überflüssig ist. Es bestehen mit der Kreis- und Schulumlage bereits finanzpolitische Instrumente, die steuerkraftbezogene Abgaben vorsehen.

#### 8. Finanzmasse

Die Finanzausgleichsmasse muss die tatsächlichen Realaufwendungen angemessen berücksichtigen. Hier drängt sich der Verdacht auf, dass diese zuerst in der Höhe festgesetzt wurde und dann die dazu passenden Berechnungsmodelle entworfen wurden.

#### 9. Rückstellungen

Auch die ergebniswirksamen Rückstellungen für künftige Pensions- und Beihilfeansprüche müssen Berücksichtigung finden, da diese – gerade in Rosbach – in Summe höher sind als die tatsächlichen Aufwendungen für Pensionszahlungen. Dies gilt umso mehr durch das Hinausschieben der Ruhestandsmöglichkeiten für Beamte bis zum 67. Lebensjahr und die aktuell vorgenommene Verschärfung der Ruhestandsmöglichkeiten der Bürgermeister/innen.

#### **Zusammenfassung:**

Die Stadt Rosbach vor der Höhe ist im kommunalen System des Finanzausgleichs bisher eine Schwellenkommune. Je nach jährlichen Steuereinnahmen ist sie meist Empfängerin von Schlüsselzuweisungen. Durch die Neufassung des kommunalen Finanzausgleichs wird sie bei gleichbleibenden Einnahmen künstlich reich gerechnet und durch die neue Abgabenlast in Summe von rd. 450.000 € jährlich (nach der aktuellen Finanzplanung für das HHJahr 2016) vollständig defizitär. Ein Konsolidierungsweg ist kaum mehr möglich und selbst durch weiteres massives Anheben der Grundsteuereinnahmen (100 Prozentpunkte = ca. 500.000 €) nur kurzfristig zu erreichen (siehe Ausführungen zur Kreis- und Schulumlage). Kürzungen in den Leistungen sind zur Kompensation in dieser Höhe nur bei der Kinderbetreuung zu erreichen. Das Land Hessen setzt hier allerdings durch den Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan in Verbindung mit den Vorgaben der Fachaufsicht des Kreises zur Unter-

bringung und Betreuung Maßstäbe, die zu erheblichen Kosten/Aufwendungen führen. Das Hessische Ministerium des Innern zwingt die Kommunen per Erlass gleichzeitig zur Haushaltskonsolidierung. Wird diese Konsolidierung allerdings durch eine Einnahmeerhöhung bei den Steuern erreicht, werden diese Einnahmen, durch das neue KFA-Modell des Hessischen Ministeriums der Finanzen wieder entzogen.

Wir hoffen, dass unsere Argumente dazu beitragen, Änderungen des Gesetzentwurfes zu veranlassen.

Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen



Thomas Alber  
Bürgermeister

**Verteiler:**

Hessischer Städtetag, Herr Dr. Dieter

Hessischer Städte- und Gemeindebund, Herr Dr. Rauber

Mitglieder des Hessischen Landtages aus dem Wetteraukreis

- Landtagspräsident Norbert Kartmann
- Staatsministerin Lucia Puttrich
- Tobias Utter
- Dr. Jörg-Uwe Hahn
- Klaus Dietz
- Lisa Gnadl